Alhambra

Zeitung und Programm

juli `03

alhambra
- grundsätzliches -

Das Alhambra ist eines der wenigen Aktions- und Kommunikationszentren dieser Größe in der BRD, das vollkommen unabhängig von staatlicher oder kommunaler Finanzierung und auch Einflußnahme ist. Es gibt keinerlei Zuschüsse. Alle Gelder, von denen das Alhambra existiert, werden gespendet, oder durch Veranstaltungen, wie z.B. Discos eingenommen. Von den (wenigen) Spenden und den Einnahmen aus dem Getränkeverkauf wird der Unterhalt des Alhambra bestritten. Alle anfallenden Arbeiten werden von Leuten bewältigt, die das in ihrer Freizeit unentgeltlich - oft mit Streß und Nerverei verbunden - tun. Das Alhambra ist vollkommen unabhängig und selbstverwaltet. Die manchmal etwas undurchschaubaren Strukturen machen es für Außenstehende etwas schwierig, die entsprechenden Ansprechpersonen zu finden, die auf Fragen antworten können. Jeden zweiten Freitag im Monat trifft sich das einzige Gremium, das über die Belange des Alhambra entscheiden kann, das „NutzerInnen-Plenum". Auf diesem Plenum sind in der Regel VertreterInnen aller Gruppen, die das Alhambra in irgendeiner Form nutzen. Hier wird Organisatorisches besprochen, also wie der Laden genutzt wird, welche Termine wofür vergeben werden etc. Wenn ihr irgendwelche Veranstaltungen im Alhambra machen, oder das Alhambra in anderer Form nutzen wollt: Das NutzerInnen-Plenum ist der einzige Ort, an dem dies besprochen und auch der entsprechende Termin vergeben werden kann.

Hermannstraße 83 26135 Oldenburg
Tel.: 0441-14402 Fax: 2488660
e-mail: alhambra@alhambra.de
www.alhambra.de

Spendenkonto:
LzO, BLZ 280 501 00, Kto.Nr. 000-430 397

zeitung
-unterstützerinnen-

AK Kein Fußbreit den FaschistInnen, AKKU, ALSO-Plenum, Alternative Liste der C.v.O.-Uni, Antifaschistische Aktion OL, Antifa-Café, Arbeitskreis Asyl, ASTA der C.v.O.-Uni, Crush Hour Concerts, DKP OL, „Dritte Welt"-Infozentrum&Laden, Donna 45, Filmriß, Gruppe Links der C.v.O.-Uni, Hochschulgruppe Ausländischer Studierender, Ini für offene Grenzen - gegen Abschiebung und Sondergesetze, Infoladen Metropole, Jazzclub Alluvium, Kampagne Mumia Abu Jamal Oldenburg, Lateinamerika-Gruppe, NaUnd e.V., Oldenburger Linke Liste (OLLI), Oldenburger Rechtshilfe, PDS - Linke Liste OL, Rosige Zeiten, SDAJ, Stachel, Wagenburg Blöder Butterpilz, zweiundvierzig,

Die einzelnen Beiträge der Alhambra-Zeitung geben nicht unbedingt die Meinung der UnterstützerInnen wieder. V.i.S.d.P.: K. Fischer

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders/der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurück zusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Inhalt

Lateinamerika-Wochen 3
Veranstaltungdreihe

Kurdistan / Türkei 4
Veranstaltung am ???

Den Laden schmeißen 8
... für eine radikale Politik des Sozialen

Peru 11
Massenstreiks legen das Land nahm

Diedeutsche Militärpolitik 12
wird umgekrempelt-und niemanden interresierts

Hauptsache sicher 13
Polizeiliche Todesschüsse

Literaturseite: 14
kiutoie--woinowo

Ankündigungen 15
Solianzeigen

PANTEON ROCOCO

Politisch ambitionierter Latin-Salsa-Reggae-SKA aus MexicoCity

SkaPunk, Skacore,...gibt's ja mittlerweile in allen möglichen Ausformungen an jeder Straßenecke. Und gerade einige amerikanische, Mitte der Neunziger populäre Verfechter dieses Genres irritierten doch mit einer klassisch funpunkigen Inhaltsleere. Muss man sich leider eingestehen, auch als Fan. Wir können diese Betrachtung aber an dieser Stelle getrost abbrechen, denn es geht um eine gänzlich andere, ganz spezielle Auffassung von Ska, es geht nämlich um **PANTEON ROCOCO**.

7.7. ALHAMBRA EINLASS 21.00

-endspurt-

fragend gehen wir voran

Lateinamerika-Wochen
30. Mai bis 17. Juli 03
Oldenburg (Oldb)

eine Veranstaltungsreihe von:
* gruppe basta oldenburg
* 3.Welt Informations-zentrum & Laden

gefördert von:
inWEnt und ABP

Di. 1.Juli
Selbstverwaltung in Rebellion - Diavortrag

Bei der Lösung ihrer Probleme vertrauen die Zapatistas schon lange nicht mehr auf die Regierung. Hunderte von Dörfern haben sich zur „Autonomen Gemeinde“ ernannt und treiben die Entwicklung basisdemokratischer selbstverwalteter Strukturen in allen Lebensbereichen voran.

20 Uhr, 3.Welt-Laden, Auguststr. 50

Do. 3. Juli
Globalisierung der Solidarität statt Globalisierung des Profits und des Elends

Ein Erfahrungsbericht von Klaus Hagedorn (Hochschulpfarrer) über ein Dialogprogramm in Guatemala im Februar und März 03.
20 Uhr, KHG, Unter den Linden 23

Mo. 7. Juli
„Land und Freiheit“ – Entstehung und Praxis der zapatistischen Bewegung

Wer sind die Zapatistas? Was wollen sie? Wie hat sich diese Bewegung entwickelt? Eine Einführung (nicht nur) für SchülerInnen.

19 Uhr, Helene-Lange-Schule (IGS Marschweg)

So. 13. Juli
„Preguntando caminamos“ Der Zapatismus als Beispiel für Wege in eine andere Welt

Das zapatistische Polititverständnis - Anregungen für die politische Arbeit hier? Vortrag und Diskussion mit Menschen aus der Gruppe B.A.S.T.A., Münster

20 Uhr, Alhambra, Hermannstr. 83

Mo. 14. Juli
Neoliberalismus in Lateinamerika

Sozialabbau, Privatisierung, Vorrang der Wirtschaft vor dem Sozialen. Die Umsetzung der neoliberalen Ideologie schreitet auch in Europa weiter voran.

Die Länder Lateinamerikas sind dieser Entwicklung bereits länger ausgesetzt. Dorit Siemers vom Münsteraner Bildungsverein „Zwischenzeit e. V.“ wird die neoliberale Politik sowie deren Effekte auf die regionalen Ökonomien und die Lebenswirklichkeit der Bevölkerung darstellen.

20 Uhr, ALSO-Halle, Kaiserstraße 19

Do. 17. Juli
Fiesta Latina

Das große Fest zum Abschluß, gemeinsam mit der Fachschaft Interkulturelle Pädagogik
ab 21 Uhr, Alhambra, Hermannstr. 83

Können die Probleme in der Türkei mit einem ‘Reuegesetz’ gelöst werden?

II. Die Kampagne „Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden“ in der Türkei unterstützen!

Wir befinden uns in einer Zeit, die sowohl für die gesamte Welt als auch insbesondere für den Mittleren Osten einen Wendepunkt darstellt. Die politische Struktur des 20. Jahrhunderts ist einhergehend mit der Irak-Intervention in eine neue Phase getreten. Der Status Quo im Mittleren Osten, der zu Beginn des 20. Jahrhunderts geformt wurde und den Mittelpunkt von Kriegen und Veränderungen ausmachte, ist heute in scharfer Form mit seiner eigenen Auflösung konfrontiert. Insbesondere für die Völker des Mittleren Ostens stellt die Militärintervention gegen das Saddam-Regime im Irak kein Ergebnis dar, sondern den Beginn einer Veränderung, die sich vom Mittleren Osten ausgehend entwickeln wird.

Der sich auflösende Status Quo im Mittleren Osten hat den Kurdinnen und Kurden keinerlei Rechte zugestanden. Die Herrschenden in diesem Status Quo haben Kurdistan zwischen der Türkei, Iran, Irak und Syrien aufgeteilt und niemals die Stimme erhoben gegen die Verleugnungs- und Vernichtungspolitik der Staaten, die über jeweils einen Teil Kurdistans herrschen. Nach dem Motto ‚Wirtschaftliche Interessen sind politische Interessen’ wurden die Augen geschlossen angesichts der Vernichtung des kurdischen Volkes. Diese Herangehensweise galt nicht nur dem kurdischen Volk, sondern ebenso dem aramäischen, armenischen und anderen Völkern. Der Punkt, an die Regimes der Region sich getroffen haben, war die Verleugnung und Vernichtung kurdischer Existenz.

Der Status Quo ist seit einiger Zeit in einen Entwicklungsstau geraten. Davon wurden selbst die westlichen Staaten negativ beeinflusst, die im Bündnis mit diesem Status Quo standen. Hauptsächlich verantwortlich für diese Entwicklung waren die Völker, die jahrelangen Widerstand gegen die antidemokratischen Regime leisteten. Eines dieser Völker ist das kurdische Volk. Mit seinem dreißigjährigen Widerstand und der 15-jährigen Frauenbewegung bezog es Stellung gegen die reaktionäre Denkweise und Regime im Mittleren Osten. Das kurdische Volk führte unter Führung des KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan im Namen aller unterdrückten Völker einen Kampf für Freiheit und Demokratie.

Der beste Beweis dafür, dass die USA, die EU und auch die Türkei außer in leeren Versprechungen nicht daran denken, dem Mittleren Osten Demokratie und sozialen Frieden zu bringen, stellt ihr Beharren auf der Ausweglosigkeit dar. Auf die Suche nach einer friedlichen Lösung und die Aufrufe zum Frieden von Abdullah Öcalan entgegneten sie mit einem internationalen Komplott und der altbekannten Vernichtungspolitik. Die verschärften Isolationsbedingungen, denen Abdullah Öcalan ausgesetzt ist, verweisen auf die Politik, die gegen das kurdische Volk angewendet werden soll. Die Isolierung Abdullah Öcalans gilt dem kurdischen Volk. Indem Abdullah Öcalan daran gehindert wird, Politik zu machen, soll das kurdische Volk an politischer Betätigung gehindert werden. Es ist das Werk derjenigen, die im Mittleren Osten keine Demokratie und keinen gesellschaftlichen Frieden wollen und auf Krieg, auf Leid und Tränen drängen.

Der KADEK (Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistans) kämpft im Geiste der Auffassung, dass es die demokratische Entwicklung ist, die die Zukunft prägen wird. Er arbeitet für einen gerechten Frieden und eine Lösung im Mittleren Osten. Diejenigen, die sich seit vielen Jahren mit den reaktionären, antidemokratischen Regimes geeinigt haben, befinden sich in Angriffsposition gegen diese Arbeit. Der KADEK soll als verbrecherisch und terroristisch gebrandmarkt und außen vor gehalten werden. Auch die Türkei, die eine der wichtigsten Parteien in den Problemen im Mittleren Osten darstellt, zeigt diese Herangehensweise und arbeitet nicht auf eine Lösung, sondern auf eine Vertiefung der Ausweglosigkeit hin. In der kurdischen Frage setzt sie auf Verleugnung, Unterdrückung und Vernichtung. Sie befindet sich in einer Sackgasse und behindert eine Demokratisierung im Mittleren Osten. Noch immer sind in der Türkei grundlegende Rechte wie muttersprachlicher Unterricht und Medien und freie Kulturausübung nicht gesetzlich gesichert. Die Türkei bemüht sich um eine Mitgliedschaft in der EU, aber sie ist nach wie vor weit davon entfernt, im Inland einen gesellschaftlichen Frieden zu sichern. In ihren Kerkern befinden sich Zehntausende Gefangene. Die KADEK-Forderung nach einer demokratisch-politischen Partizipation wird abgelehnt. Die Türkei macht deutlich, dass sie eine Lösung ablehnt.

Die PJA als Vertreterin der kurdischen Frauenbefreiung kämpft für die Befreiung von Frauen weltweit und ist die einzige Frauenpartei im Mittleren Osten. Sie ruft die Türkei sowie die EU und die USA, die Wert auf ihren Einfluss im Mittleren Osten legen, dazu auf, sich an der von Abdullah Öcalan entworfenen demokratischen Lösung der kurdischen Frage als eine der grundlegendsten Fragen im Mittleren Osten zu beteiligen.

Wir rufen die internationale Öffentlichkeit, alle demokratischen und humanistischen Kreise sowie unsere Freundinnen und Freunde zur Unterstützung der in der Türkei begonnenen Kampagne für eine unterschiedslose Generalamnestie, die auch die zehntausend Kämpferinnen und Kämpfer umfassende KADEK-Guerilla und die zehntausend politischen Gefangenen umfasst. Eine solche Amnestie ist ein wesentlicher Schritt für eine demokratische, friedliche Lösung. Wir möchten mitteilen, dass die Bemühungen des türkischen Staates für ein neues „Reuegesetz“ vergeblich sind. Dieser Gesetzesentwurf basiert auf Kapitulation und Entwürdigung. Er ist lediglich dazu geeignet, die bestehenden Probleme zu vertiefen. Die Freiheit von Abdullah Öcalan sowie seine freie politische Betätigung sind unverzichtbare Bedingungen für einen gesellschaftlichen Frieden. Die KADEK-Guerilla in den kurdischen Bergen fordert, gemeinsam mit dem Vorsitzenden eine Beteiligung am politischen Kampfprozess.

Auf dieser Basis rufen wir die Öffentlichkeit im Rahmen der Kampagne „Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden“ zur Unterstützung der folgenden Forderungen auf:

- Freiheit für den KADEK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan, Aufhebung der Isolation, politische Betätigungsfreiheit
- Gesetzliche Garantie der Rechte des kurdischen Volkes auf muttersprachliche Kultur, Medien und Unterricht sowie Aufgabe der Verleugnungspolitik in der Türkei
- Als Teil einer Lösung der kurdischen Frage der Erlass einer unterschiedslosen Generalamnestie, die eine Beteiligung der Gefangenen und der Guerilla am politischen Leben ermöglicht
- Akzeptanz unseres Vorsitzenden Abdullah Öcalan und des KADEK als Dialogpartner in der Lösung der kurdischen Frage

Der Weg zu einer Lösung führt über die Freiheit von Abdullah Öcalan.
Der Weg zu einer Lösung führt über die Anerkennung und die gesetzliche Festlegung der Rechte des kurdischen Volkes.

Der Weg zu einer Lösung führt über eine unterschiedslose Generalamnestie.

II. Was beinhaltet das Reuegesetz?

Bis heute sind in der Türkei sechs Mal sogenannte 'Reuegesetze' erlassen worden, um linke Bewegungen zu unterdrücken und eine alternative 'Lösung' zu schaffen. Bei der siebten Version, die aktuell im Zuge der Diskussion um die EU-Anpassungsgesetze entstanden ist, handelt es sich laut Angaben des türkischen Innenministeriums um eine Erweiterung der Vorgängergesetze. Dabei stellt sich die Frage, warum die vorherigen sechs Auflagen des Reuegesetzes nicht zu einer Lösung beigetragen haben. Es zeigt sich, dass auch der neue Gesetzentwurf nicht zu gesellschaftlichem Frieden führen wird.

Beispiele aus dem neuen Gesetzentwurf:
- Nach Angaben des Innenministeriums wird mit dem Gesetz angestrebt, neben den bereits Inhaftierten die noch in den Strukturen der Terrororganisationen tätigen Personen dazu zu bringen, sich der Justiz zu stellen.

Was hier als terroristisch bezeichnet wird, sind diejenigen, die das Recht auf eigene Identität, Kultur und Sprache einfordern, die sich zu diesem Thema in mündlicher oder schriftlicher Form äußern und in diesem Sinne für ihre demokratischen Rechte und Freiheiten kämpfen. Es sind in erster Linie Kurdinnen und Kurden. Von diesen Menschen wird erwartet, dass sie Reue zeigen. Kann von einem Individuum, das für eine gerechte Sache kämpft, Reue und Kapitulation erwartet werden? Ohnehin hat dieser Kampf begonnen, weil innerhalb des bestehenden Systems keine Möglichkeit für freie und demokratische Meinungsäußerung vorhanden war. Mit dieser Herangehensweise der Regierung ist es eine Lösung unvorstellbar. Im Gegenteil bedeutet sie einen Rückschritt und den Verlust der in den letzten vier Jahren erreichten Erfolge.
-Denjenigen, die von dem Gesetz profitieren möchten, wird ein neues Gesicht, eine neue Identität und ein neuer Lebensbeginn zugesichert. Entsprechend der jeweiligen Situation wird eine gestaffelte Amnestie erlassen werden. Personen, gegen die kein Urteil, kein Ermittlungsverfahren und kein Haftbefehl aussteht, obwohl sie sich in der Organisationsstruktur befinden, können nach kurzer Haftdauer ein neues Leben anfangen. Personen, die bereits verurteilt sind, gegen die Ermittlungsverfahren laufen oder per Haftbefehl gesucht werden, erhalten Strafminderung.

Auf Reue und Abschwören sollen eine Reihe Rechte zugesprochen werden. Das Individuum ist frei. Für einige politische und wirtschaftliche Vorteile soll die eigene Identität und soziale Realität verleugnet werden. Nirgendwo auf der Welt sind bisher politische, soziale und kulturelle Probleme durch die Forderung nach Reue oder ihre Missachtung gelöst worden. Die Guerilla, die politischen Gefangenen und ihre UnterstützerInnen zur Aufgabe ihrer Ziele aufzufordern, für die sie dreißig Jahre lang gekämpft haben, bedeutet an den Punkt zurück zu kehren, an dem die Probleme aufgetaucht sind. Wenn das neue Gesetz als Neuauflage der Politik von Unterdrückung und Vernichtung erlassen wird, wird es keine Veränderung hervorrufen. Erneuerung bedeutet, diese Politik aufzugeben.

-Personen, die die Organisation verlassen, sich stellen und durch die Preisgabe von Informationen zum Antiterrorkampf beitragen, bekommen wie in den vorherigen Gesetzen die Möglichkeit, ein neues Leben zu beginnen. Die Hilfestellung reicht dabei von Gesichtsoperationen über eine neue Identität bis zur Gewährleistung ihrer Sicherheit durch Umsiedlung in eine andere Stadt und einen neuen Arbeitsplatz.

Ein neues Gesetz darf nicht wie das Reuegesetz der lebenslangen Entfremdung von der eigenen Identität dienen, sondern muss als 'Gesetz für Frieden und demokratische Partizipation' zur Demokratisierung beitragen. Ein Demokratisierungsprozess in der Türkei kann nur im Frieden mit der kurdischen Bevölkerung erfolgreich verlaufen. Wenn die kurdische Frage dreißig Jahre lang eine Demokratisierung in der Türkei verhindert hat, dann ist eine gerechte Lösung dieser Frage nötig. Diese Lösung muss zu Frieden und Geschwisterlichkeit zwischen dem kurdischen und türkischen Volk führen. Es geht nicht darum, um die Vor- und Nachteile eines Reuegesetzes zu sprechen. Auf der Basis einer Kultur der Einigung müssen gleiche Rechte für alle herrschen und ein Leben mit der eigenen Identität und Kultur möglich sein. Auch der Staat muss seiner eigenen Bevölkerung gegenüber den Frieden erklären.

III. Warum Generalamnestie?

Demokratische Veränderung und Neustrukturierung
Wie wir oben bereits zum Ausdruck gebracht haben, durchlebt der türkische Staat eine wichtige Phase. Als Ergebnis der Verleugnungs- und Vernichtungspolitik, die seit vielen Jahren Anwendung findet und sich nahezu zu einer Denk- und Lebensweise entwickelt hat, haben mehrere aufeinander folgende Militärputsche stattgefunden. Tausende RevolutionärInnen, DemokratInnen, Intellektuelle, SchriftstellerInnen und Menschen vom Volk wurden zur Flucht gezwungen, verhaftet, gefoltert und ermordet. Die Antwort des Staates auf die Forderungen seiner BürgerInnen nach Menschenrechten, Demokratie und Frieden bestand immer aus Gewalt. Hauptleidtragende dieses Zustandes war objektiv betrachtet das kurdische Volk. Betroffen war jedoch die Gesamtbevölkerung der Türkei. Insbesondere nach dem einseitigen Waffenstillstand der PKK von 1998 bestand die Möglichkeit eines Friedensprozesses. In den letzten vier Jahren sind wichtige Schritte für Demokratisierung und einen gesellschaftlichen Frieden gesetzt worden. Um zu dieser Entwicklung beizutragen, entwickelte unser Vorsitzender Abdullah Öcalan das Projekt ‚Demokratische Republik'. Dass diese Bemühungen eine Antwort fanden, zeigt sich durch den Kampf der Menschen verschiedener ethnischer Herkunft innerhalb der Türkei. Es sind wohl noch nie so viele zivilgesellschaftliche Organisationen in der Türkei gegründet worden wie in diesen vier Jahren.
Während sich jedoch die Bevölkerung der Türkei zu 80 Prozent für Frieden und Demokratie ausspricht, geben die Regierenden im Staat ihre Verleugnungs- und Vernichtungspolitik nicht auf. Zwar ist es im Rahmen des EU-Mitgliedschaftsprozesses auf gesetzlicher Ebene zu einige Veränderungen gekommen, aber es herrscht nach wie vor die gleiche Mentalität. Die Gesetzesänderungen reichen für grundlegende Veränderungen und eine Neustrukturierung der Türkei nicht aus.

Weder Verleugnung noch Abspaltung – Demokratische Republik
Für die Überwindung der Probleme in der Türkei ist ein veränderter Blickwinkel auf die kurdische Frage unabdingbar. Auf der einen Seite wird das Problem verleugnet, auf der anderen Seite wird versucht, es mit 'besonderen Methoden' zu lösen. Aber dieses tiefgreifende und drängende Problem kann weder durch Ignoranz noch mit antidemokratischen Methoden gelöst werden. Verleugnung, Unterdrückung und Verdrängung führt nur zu einer Vertiefung der Widersprüche. Aus diesem Grund muss vor allem die durch die 'kurdische Phobie' verursachte Seperatismusangst überwunden werden. Das kurdische Volk mit seinem Vorsitzenden Apo und unserem Kongress KADEK hat mit den unternommenen Schritten seine Aufrichtigkeit, sein Verantwortungsbewusstsein und seine guten Absichten bewiesen.
Warum werden die Hände zurückgestoßen, die gereicht werden, um die Völker zu befrieden?
Ohne Lösung der kurdischen Frage lässt sich in der Türkei kein Problem lösen, weil alles von einer Demokratisierung abhängt. Deshalb muss diese Frage vorrangig behandelt werden. Sie lässt sich nicht mit entwürdigenden Methoden wie dem Reuegesetz lösen, sondern einzig und allein auf demokratische und friedliche Weise. Ein Beharren auf dem Reuegesetz bedeutet, den seit dreißig Jahren andauernden demokratischen Kampf nicht anzuerkennen und zu verleugnen. Reuegesetz bedeutet, die Menschen die Forderung nach Rechten bereuen zu lassen. Es bedeutet, sie dazu zu bringen, diese Forderung als falsch anzuerkennen und die gegen sie gerichtete Verleugnungs- und Vernichtungspolitik zu legitimieren.

Hinter dem Reuegesetz steckt eine patriarchale Denkweise
Ob in der Türkei oder weltweit – niemand bereut es, für Demokratie, Frieden und Freiheit gekämpft zu haben. Mit dem Bewusstsein, das Frauen mit ihrer zentralen Stellung im Demokratisierungsprozess erlangt haben, können sie ihren Kampf um Gleichheit, Freiheit und Gerechtigkeit niemals bereuen.
Als Frauen nehmen wir die Diskussionen um das Reuegesetz ernst. Es handelt sich dabei nicht um eine

neue Situation. Das System in der Republik Türkei funktioniert seit achtzig Jahren auf diese Weise. Jedes System ist Produkt einer Denkweise. Auch das Reuegesetz entspricht der 5000-jährigen patriarchalen Denkweise. Mit dieser Denkweise werden seit Tausenden von Jahren die Völker ausgebeutet und zur Dunkelheit verdammt. In der Geschichte wurden als erstes Frauen Opfer dieser Denkweise und über die Frauen die gesamte Gesellschaft. Wenn von denjenigen, die gegen die Sklaverei aufgestanden sind und gegen die Grausamkeit für Demokratie, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit eintreten, verlangt wird, Reue zu empfinden, dann wird damit zu aller erst an die Frauen die Botschaft gerichtet: Füge dich in dein unvermeidliches Schicksal.

Den Kampf für Demokratisierung unterstützen

Die Menschheit hat das 21. Jahrhundert mit großen Hoffnungen begonnen, aber bereits in den ersten Jahren dieses neuen Jahrhunderts haben die Kriegsglocken geläutet. Dagegen entstand eine globale Friedensbewegung. Ihre Kraft reichte vielleicht nicht aus, um den Irak-Krieg zu stoppen, aber der Kampf für Demokratie und Frieden weltweit und in der Türkei ist daraus gestärkt hervorgegangen. Dieser Kampf muss weiter entwickelt werden. Reaktionäre Unternehmen wie das zur Zeit diskutierte Reuegesetz müssen als eine Politik gegen das vorhandene Demokratisierungspotential begriffen werden. Inhalt und Form dieser sich von unten entwickelnden Bewegung sind die Demokratisierung der Türkei und ihre Ausstattung mit zeitgenössischen Werten. Während die USA und die EU eine Entwicklung der Türkei fördern müssten, unterstützen sie Initiativen wie das Reuegesetz. In diesem Sinne denken wir, dass es sich dabei nicht nur um ein internes Problem der Türkei handelt, sondern ein internationales.

Ohne Lösung der kurdischen Frage kein Frieden im Mittleren Osten

Das Reuegesetz ist eine Provokation gegen ein geschwisterliches Zusammenleben der Völker in gerechtem Frieden und Gleichheit. Die momentane Zeit birgt große Möglichkeiten für die Schaffung eines gesellschaftlichen Friedens sowohl in der Türkei als auch im gesamten Mittleren Osten. Mit der US-Intervention im Irak ist ein weiteres Mal deutlich geworden, dass die kurdische Frage eine Schlüsselposition in der Region darstellt. Die Türkei ist dabei mit einer bedeutenden Aufgabe konfrontiert. Der Erlass einer Generalamnestie könnte den Anfangspunkt in einem Lösungsprozess darstellen. Dafür allerdings muss sich die Politik in der Türkei und die dafür verantwortliche Regierung eine mit Inhalt gefüllte demokratische Herangehensweise sowie eine mutige und entschlossene Haltung aneignen. Millionen TürkInnen, KurdInnen, LasInnen, TscherkessInnen arbeiten angestrengt daran, das Schicksal der Türkei auf den Kopf zu stellen. Diesem Bemühen muss mit Wertschätzung begegnet werden. Wir sind der Auffassung, dass der Schlüssel für die bestehenden Probleme in der Türkei die Lösung der kurdischen Frage mit demokratischen und friedlichen Mitteln ist. Gleichzeitig würde eine solche Entwicklung die gesamte Region positiv beeinflussen. In dieser Überzeugung unterstützen wir die die Kampagne "Bedingungslose Generalamnestie für einen gesellschaftlichen Frieden" und stellen folgende Forderungen:

-Unser Vorsitzender steht für die Demokratisierung der Türkei und eine politische Lösung, die fern von Nationalismus ist und auf der Geschwisterlichkeit der Völker aufbaut. Wir fordern die Aufhebung seiner Isolation, eine gerechte Antwort auf seine Bemühungen für Frieden, die er seit vier Jahren unter schwersten Bedingungen aufrecht erhält, seine Freilassung und die Gewährung aller politischen und sozialen Rechte für ihn.

-Wir fordern eine bedingungslose Generalamnestie für alle politischen Gefangenen und die Gewährung aller politischen und sozialen Rechte für sie. Weiterhin muss die Guerilla der Volksverteidigungskräfte in diesen Prozess einbezogen werden, damit alle bewaffneten Auseinandersetzungen ein Ende finden. Mit gesetzlichen Regelungen muss eine demokratische Atmosphäre hergestellt werden. Die Militäroperationen gegen die nach Einstellung des bewaffneten Kampfes in Selbstverteidigungskräfte umgewandelte Guerilla müssen beendet werden.

-Wir fordern Gedanken- und Organisationsfreiheit, soweit diese nicht Feindschaft zwischen den Völkern provoziert und Gewaltmittel verteidigt.

-Wir fordern eine verfassungsrechtliche Garantie kurdischer Identität, Sprache und Kultur sowie Ausdrucksfreiheit.

-Wir fordern die Aufhebung jeglicher Beschränkung von kurdischen Medien. Rechtlich müssen sie türkischen Medien gleichgestellt sein.

-Wir fordern eine Ausweitung der Kompetenzen regionaler Regierungen und damit fortschreitende Demokratisierung.

-Wir fordern die Gewährleistung der Rückkehr in ihre Dörfer für die Menschen, die zur Flucht gezwungen worden sind. Dafür müssen die Dörfer neu aufgebaut werden. Für einen Neuanfang in der Produktion muss Unterstützung geleistet werden.

-Wir fordern die Aufklärung von extralegalen Hinrichtungen und die Verurteilung der Täter.

-Wir fordern in den anderen Teilen Kurdistans im Rahmen einer demokratischen Einheit eine auf eine Lösung ausgerichtete Politik, die Aufnahme und Vertiefung der Beziehungen zu den kurdischen Bewegungen und die dafür notwendige Unterstützung.

-Wir fordern, die Beziehung zu den anderen Staaten in der Region, in denen ebenfalls die kurdische Frage besteht, nicht auf Kurdenfeindlichkeit aufzubauen, die bestehende Politik zu überwinden und eine demokratische Lösung zu fördern.

-Wir fordern nach der Durchführung der notwendigen politischen, juristischen und verwaltungstechnischen Regelungen Neuwahlen unter einem demokratischen Wahlgesetz.

Wir sind davon überzeugt, dass die Umsetzung unserer Forderungen zu einer Demokratisierung der Türkei beitragen und damit eine neue Zeit anbrechen wird.

IV. In Aktion: Demokratisierung von unten

In der Türkei wird die Forderung nach einer Generalamnestie für gesellschaftlichen Frieden bereits seit Wochen von verschiedenen Gruppierungen zur Sprache gebracht. Insbesondere sind es Frauen, die den gesellschaftlichen Frieden zu ihrer Sache machen und sich mit der konkreten Forderung nach einer Generalamnestie für Versöhnung und Einigung einsetzen.

In Istanbul hielten DEHAP-Frauen eine Kundgebung ab. Sie hielten Schilder mit der Forderung nach einer bedingungslosen Generalamnestie sowie der Aufschrift „Wieso sollten wir bereuen, wenn wir nicht schuldig sind" in die Höhe. In einem Redebeitrag hieß es: „Zur Zeit wird zum sechsten Mal – diesmal von der AKP – versucht, ein Reuegesetz zu erlassen. Dieses kann jedoch keine Lösung sein. Es zeugt vielmehr davon, dass immer noch versucht wird, die kurdische Frage mit den altbekannten, aber längst Bankrott gegangenen Methoden zu lösen. Dieses Gesetz wird nicht zu gesellschaftlichem Frieden, zu Einheit und Geschwisterlichkeit beitragen, sondern im Gegenteil die Widersprüche noch vertiefen. Eine Türkei, in der gesellschaftlicher Frieden und Demokratie herrschen, wird zum stärksten Land des Mittleren Ostens werden. Auch deshalb müssen endlich mutige Schritte für eine Lösung der kurdischen Frage gesetzt werden." Weiterhin wurde darauf verwiesen, dass Frauen am stärksten sowohl in psychologischer als auch in sozial-ökonomischer Hinsicht unter den Geschehnissen gelitten hätten. Sie seien nicht bereit, einen erneuten Ausbruch des Krieges zu dulden. „Die kurdische Frage wird weder mit Isolation noch mit einem Reuegesetz gelöst werden können. Wir sind davon überzeugt, dass eine Lösung mit demokratischer Einheit, mit Frieden, Geschwisterlichkeit und demokratischer Partizipation verwirklicht wird. Kein Reuegesetz, sondern eine unterschiedslose, bedingungslose politische Generalamnestie wird der Türkei zu einer Demokratisierung verhelfen."

Neben den DEHAP-Frauen waren es vor allem die Frauen der Initiative „Mütter für den Frieden", die der Forderung nach einer Generalamnestie in organisierter Form Ausdruck verliehen. So nutzten Mütter aus Diyarbakir und Istanbul den Muttertag als Anlass, das Parlament in Ankara aufzusuchen, um ihr Bedürfnis nach gesellschaftlichem Frieden zur Sprache zu bringen. In schriftlicher Form reichten sie Eingaben und als Friedenssymbole weiße Kopftücher an Premierminister Recep Tayyip Erdogan und Justizminister Cemil Cicek ein. Außerdem trafen sie mit Cavit Torun zusammen, der zugleich Abgeordneter von Diyarbakir und stellvertretender Vorsitzender der Parlamentarischen Menschenrechtskommission ist.

Aus dem Gefängnis heraus meldeten sich die insgesamt 8000 Gefangenen der PJA und des KADEK zum Thema zu Wort. In einer gemeinsamen Erklärung

teilten sie mit, sie seien für eine unbewaffnete und demokratische Lösung der kurdischen Frage zu jedem Opfer bereit. In bezug auf die Worte von Justizminister Cemil Cicek, „Wir wollen eine neue Seite eröffnen“, hieß es in der Erklärung: „Aufrichtigkeit aber bedeutet, dass das Gesetz nicht auf ein taktisches Ziel und das Brechen des kurdischen Willens ausgerichtet sein darf. Es muss von Respekt gegenüber den demokratischen Rechten des kurdischen Volkes zeugen. Es darf nicht die Ausweglosigkeit stärken, sondern muss die kurdisch-türkische Geschwisterlichkeit stärken. Es muss sich um eine Friedensvereinbarung des Staates mit den Kurden handeln. Mit dieser Vereinbarung muss das Friedens- und Geschwisterlichkeitsprojekt Anatolien-Mesopotamien möglich gemacht werden.“ Für eine realistische Lösung müsse die Grundlage für eine Diskussion zwischen den Kriegsparteien, aber auch allen politischen Parteien, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Intellektuellen, KünstlerInnen, AkademikerInnen und JuristInnen geschaffen werden. Dabei müsse von verschiedenen Meinungen und Gedanken profitiert werden. Natürlich wird die Forderung nach einer Generalamnestie nicht nur von Frauen getragen. So erklärte Saban Dayanan vom Istanbuler IHD-Vorstand bei der Veröffentlichung des Menschenrechtsberichts vom Monat April: „Das Reuegesetz, das mit dem Anspruch der Sicherung des gesellschaftlichen Friedens in der Türkei auf die Tagesordnung des Parlamentes gesetzt worden ist, wurde bereits früher ausprobiert und hat keinen anderen Zweck erfüllt, als den gesellschaftlichen Frieden zu vergiften. Das Reuegesetz, oder mit anderen Worten, das Überläufergesetz wurde sechs Mal in der Türkei zum Thema. Aufgrund der haltlosen Aussagen von Personen, die davon profitieren wollten, sind Tausende Menschen festgenommen oder verhaftet worden. Damit werden keine Probleme gelöst, sondern im Gegenteil Tausende Geschädigte geschaffen. Die Türkei braucht keine Übergangslösung, sondern Schritte mit bleibender Wirkung. Jahrelang wurde der Boden, auf dem wir leben, mit Blut und Tränen gewässert. Es besteht dringender Bedarf nach Frieden und Geschwisterlichkeit. Deshalb müssen gesetzliche Regelungen diesen Bedarf decken können. Die Lösung ist eine unterschiedslose und bedingungslose Generalamnestie.“

Auch aus dem Ausland wurden bereits Stimmen laut, so unter anderem aus dem Flüchtlingslager Maxmur im Irak. Die Flüchtlinge aus Maxmur erklärten in bezug auf das geplante Reuegesetz: „Ein Gesetz, das bereits vor seiner Verabschiedung Bankrott gemacht hat, kann unmöglich vom kurdischen Volk akzeptiert werden. Zu keiner Zeit haben die Reuegesetze unsere Anerkennung gefunden und das werden sie auch niemals. Es gibt nichts zu bereuen. Wir sind diejenigen, deren Dörfer zerstört wurden, die zur Flucht gezwungen wurden, die Opfer extralegaler Hinrichtungen wurden, an denen Massaker verübt wurden.“ Um in ihre Dörfer zurück kehren zu können, forderten die Flüchtlinge eine beschleunigte Demokratisierung und den Erlass einer Generalamnestie.

Veranstaltung

Zur Entwicklung der kurdischen Frauenbewegung und der aktuellen Situation

„Kämpfend befreien wir uns; befreiend verändern wir uns; verändert lernen wir neu zu lieben...“

Dieser Satz kennzeichnet die kurdische Frauenbefreiungsbewegung, die sich in den achtziger Jahren einhergehend mit dem nationalen Befreiungskampf in Kurdistan organisierte. Vor dem Hintergrund der Situation der Frauen in der traditionellen Gesellschaft eine geradezu unglaubliche Entwicklung, die noch vor wenigen Jahren kein Mensch in Kurdistan für möglich gehalten hätte. In Kurdistan waren die Frauen völlig an den Rand der Gesellschaft gedrängt worden, anders als in Europa hatte es kaum eine Auseinandersetzung über die Rolle der Frau in der Gesellschaft gegeben.

Das erste Ziel bestand darin, Frauen für die nationale Befreiung Kurdistans zu organisieren und mobilisieren. Als ersten Schritt galt es, Frauen zu Kundgebungen, Demonstrationen und anderen politischen Veranstaltungen zu motivieren. Für kurdische Verhältnisse war es damals keine Selbstverständlichkeit für Frauen, aus dem Haus zu gehen. Gegen das Argument der nationalen Befreiung fiel es den Männern jedoch schwer, sich gegen die Aufrufe der Frauen zu stellen. Vor allem zu Beginn der Serhildans (Volksaufstände) im Jahr 1989 nahmen Frauen eine führende Rolle ein. Dies führte zu einer Veränderung des Status von Frauen und war somit ein revolutionärer Schritt. Ein wichtiger Beitrag zur Bewusstseinsveränderung sowohl bei Frauen als auch bei Männer war erreicht worden. Viele Tausende junger Frauen schlossen sich der Guerilla an. Heute sind kurdische Frauen überall organisiert. Neben einer eigenen Frauenguerilla in den Bergen Kurdistans gibt es die Partei der Freien Frau (PJA), die innerhalb des Kongress für Freiheit und Demokratie Kurdistans (KADEK) organisiert ist. Auch im legalen Bereich sind überall Einrichtungen entstanden; das Kurdische Frauenbüro für Frieden ist eine davon. Überall, wo für eine gesellschaftliche Veränderung gekämpft wird, drängen Frauen nach vorne.

Aber Frauen, die kämpfen, sind eine Gefahr für das System. Das sieht auch der türkische Staat so und schlägt mit voller Kraft zurück. Am 14. Juni wurde Gülbahar Gündüz in Istanbul von vier Zivilpolizisten auf offener Straße entführt und anschließend acht Stunden lang gefoltert und vergewaltigt. Gülbahar ist Vorstandsmitglied der DEHAP-Frauenfraktion in Istanbul und eine der Tausenden von Frauen in der Türkei, die organisiert für eine Veränderung der Zustände arbeiten. Sie ist eine von Millionen von Frauen, die weltweit sagen: Eine andere Welt ist möglich. Sie ist Kurdin, sie fordert Frauen- und Menschenrechte und sie arbeitet aktiv in der Kampagne „Für gesellschaftlichen Frieden und demokratische Partizipation“, in deren Rahmen als erster juristisch notwendiger Schritt eine bedingungslose Generalamnestie für alle politischen Gefangene einschließlich der Guerilla angesehen wird. Deshalb wurde sie im Auftrag des Staates vergewaltigt. Sie wurde ausgesucht als Beispiel für alle Frauen, die für ihre Rechte kämpfen. Sie wurde acht Stunden lang gefoltert als Botschaft an alle Frauen: „Wenn Ihr nicht wollt, dass Euch gleiches wiederfährt, dann bleibt zuhause. Richtet Eure Blicke auf den Boden und schweigt. Ihr seid schwach, Ihr könnt Euch nicht wehren, wir können alles mit Euch machen.“Aber die Frauen in der Türkei und in Kurdistan bleiben nicht zuhause. Sie schweigen nicht. Ihre Stimmen werden immer lauter.

Cenî - Kurdisches Frauenbüro für Frieden
Grupellostr. 27, 40 210 Düsseldorf
Tel 0221-171 10 80
Fax 0221-171 10 78
ceni_frauen@gmx.de
www.ceni-kurdistan.de

Aus dem Selbstverständnis von Cenî – Kurdisches Frauenbüro für Frieden

- Als die kurdischen Friedensbemühungen mit der Beendigung des bewaffneten Kampfes in Kurdistan einen Höhepunkt erreichten, haben wir uns als kurdische Frauen in Europa entschlossen, einen Beitrag zur Gestaltung des Friedens zu leisten und im Januar 2000 das Kurdische Frauenbüro für Frieden eröffnet. Damit der Krieg dauerhaft beendet wird, wollen wir uns mit Frauen aus aller Welt gemeinsam organisieren. Im männlichen Herrschaftssystem kommen Herz und Kopf der Frau nicht vor. Es hat den Menschen vor allem Kriege, Hunger, Verelendung und ökologische Katastrophen eingebracht. In der heutigen Zeit, in der die Weltordnung erneut vor einem Umbruch steht, ist es wichtiger als je zuvor, dass wir als Frauen eingreifen und das entstehende weltweite System nach unseren Vorstellungen und zum Wohl der gesamten Menschheit prägen.

am: Do. 3. Juli
um: 19.00h
im: Alhambra

Christoph Speer
(Der Autor ist Mitherausgeber der Zeitschrift Alaska)

Den Laden schmeißen

Fragmente für eine radikale Politik des Sozialen

Economy sucks – Solidarität mit den gewerkschaftlichen Kämpfen für 2,75 Prozent mehr Lohn und gegen die Begrenzung des Arbeitslosengelds für ältere Arbeitnehmer. Studieren wir die Konzentrationsprozesse in der europäischen Bauindustrie. Machen wir die besseren Sparvorschläge zur Sanierung der Berliner Stadtfinanzen. Unterstützen wir die Forderung nach Einführung der Tobinsteuer auf internationale Devisengeschäfte. Und so weiter. Das sind typische Forderungen aus der ideologischen Folterkammer. Irgendwie ist das alles richtig, irgendwie aber auch alles falsch, und es langweilt entsetzlich. Wenn es wenigstens wilde Streiks in Spanien wären; wenn ein wenig Verschwörungstheorie dazu käme. Aber so stehen wir erstmal im großen Gähnen: Wenn das die Auseinandersetzung mit »dem Sozialen« sein soll, dann lieber nicht.

Dasselbe gilt aber auch für die andere Variante: die nicht-reformistische, nicht-integrierte, grundsätzlich-fundamentalistische. Wir stellen hier doch keine Forderungen, wir klären die Leute auf, dass im Kapitalismus eh nichts besser werden kann. Beweisen wir, warum die Forderung nach Grundsicherung oder nach besserer Förderung von Genossenschaften besonders raffinierte Instrumente kapitalistischer Integration sind. Gehen wir nochmal zurück auf die Kontroversen zwischen Lenin und Kautsky um den Imperialismus. Hier muss man doch erst mal eine ökonomische Analyse machen. Fordern wir die sofortige Aufhebung der Wertvergesellschaftung. Und so weiter. Das ist die andere ideologische Folterkammer, die andere Langeweile. Die scheinbaren Extreme berühren sich in ihrem Desinteresse, so etwas wie eine zumindest in Ansätzen greifbare, vorstellbare soziale Utopie hervorbringen zu wollen. Männerdiskussionen sind es ohnehin.

Dieser Aspekt zieht sich durch: Die Beschäftigung mit Ökonomie und mit dem Sozialen ist Gegenstand von Claims, von ideologischen Vermessungen, von Leuten und Haltungen, die diesen Bereich für ihren geistigen und politischen Besitzstand erklären – Fundis wie Realos, wenn man so will. Das Erzeugen von Desinteresse hat, bewusst oder unbewusst, dabei Methode.

Wozu brauchen wir einen Chef?

Bremen, Uni-Kita. Nach einer mehrjährigen Leidensgeschichte beschließt die überwiegende Mehrheit der MitarbeiterInnen, dass sie ihre bisherige Leitung loswerden wollen; im Laufe ihrer Diskussion stellen sie fest, dass sie auch nicht bloß eine Person auswechseln wollen, sondern eigentlich ohne Chef arbeiten: Verantwortungen aufteilen und gemeinsam entscheiden, ohne Hierarchie. Die Auseinandersetzung um diesen Plan ist hart und dauert fast zwei Jahre. Die Elternschaft spaltet sich, ein Teil solidarisiert sich mit der MitarbeiterInnen-Mehrheit, ein Teil mit der Heimleiterin. Eine links-rechts-Frage, sollte man meinen. Aber so ist es nicht. Den härtesten Brocken stellen die dar, die weiland Franz Josef Strauß als die »-ogen« bezeichnete: Studis der Psychologie, Soziologie, die gesellschaftswissenschaftlich Ambitionierten also. Qualität gibt es nur durch eine besonders qualifizierte Person an der Spitze, heißt es hier. Expertentum ist Trumpf. Irgendwie ist das die persönliche politische Vision: ExpertInnen an die Macht, überall, in Klammern: Ich auch zum Beispiel! Die MitarbeiterInnen, das sind so normale Leute – denen traut man nicht als ausgebildeter Intellektueller.

Die Sache gelingt letztlich – einschließlich eines Nachspiels beim Arbeitsgericht, weil man leitendes Personal so einfach gar nicht kündigen kann. Aber das hier Interessante ist wieder, wie leicht sich die vermeintlichen Extreme berühren: Die linke Überzeugung, eine intellektuelle Minderheit in einer feindlichen sozialen Welt zu sein, mit einer grundsätzlich kritischen Analyse dieser Gesellschaft im Gegensatz zu den »Bevölkerungen«; und das Einnehmen einer rechten Position in sozialen Kämpfen, die letztlich Autoritarismus und Expertentum verteidigt. Wer sich lange genug darin geschult hat, dass soziale Tagesforderungen die raffinierteste Waffe des Kapitalismus sind, muss häufig nur noch ein kleines bisschen Leistungsrassismus und Klassenarroganz dazutun, um in konkreten sozialen Auseinandersetzungen zuverlässig auf der falschen Seite zu stehen.

Tarek, egoisier' nicht!

Es gibt einen bestimmten Ekel vor den gesellschaftlichen Verhältnissen, dem man nicht trauen darf. Er verbindet sich mit der Idee, es könnte alles ganz anders, ganz einfach, ganz super sein, wenn nur »X« nicht mehr da wäre. »X« ist dann wahlweise das Kapital, der Staat, das Patriarchat, der Imperialismus, der Genosse Schorsch, das Denken in Zweigeschlechtlichkeiten, Egoismus, die kapitalistische Persönlichkeit. Leben wir einfach ohne Hierarchien, ohne Besitz, ohne Zwang! Ich glaube, dass in vielen sozialen Experimenten – Kommunen, Wohngemeinschaften, Arbeits- und Lebensgemeinschaften, selbstverwalteten Betrieben, freien Projekten etc. – eine Menge soziales Wissen erarbeitet wird, wie wir anders miteinander kooperieren können. Ich glaube aber auch, dass dieses soziale Wissen erheblich komplizierter ist als eine Formel »hier gehört allen alles«. Ich glaube ganz im Gegenteil, dass die oben beschriebene Haltung – alles super hier, kein Besitz, kein Zwang, kein Staat, kein Kapital, jeder wie er will – sehr, sehr

häufig Ausdruck von patriarchalen Hierarchien und verdeckten Dominanzstrukturen sind.

In Ursula LeGuins »Planet der Habenichtse«[1] gibt es die schöne Szene, wo der junge Tarek im Kindergarten auf einem Fleck Sonne sitzt, der durch das Fenster auf den Boden fällt. Ein fetter Junge schiebt seinen Hintern mitten drauf. Tarek flippt aus: »Sonne-meins!« Er wird belehrt, dass er hier falsch liegt. Natürlich gehört die Sonne allen, natürlich kann er diesen Fleck Sonne am Boden nicht beanspruchen, natürlich gehört allen alles. »Tarek, egoisier' nicht!« Was bedeutet das? Zur Qualität des Sozialen gehört für uns, dass uns etwas überlassen wird; dass wir verfügen dürfen; dass wir die soziale Macht haben, zu verhindern, dass sich dicke Jungs auf das Bodenquadrat schieben, wo wir grade spielen. Da fangen die Probleme an.

Dieser Junge
tut seine Pflicht in Vietnam.
Du machst den Abwasch.

Ein schöner Beitrag zur linken Utopie des Sozialen findet sich auch in Helke Sanders Film »Der subjektive Faktor«. Die revolutionäre WG sieht eine Dokumentation über den Vietnam-Krieg. Der revolutionäre WG-Genosse sagt zu einem der Jungen: »Schau, dieser Junge da tut seine Pflicht in Vietnam, mit dem Gewehr in der Hand. Und du musst hier deine Pflicht tun. Und deine Pflicht ist es, den Abwasch zu machen.« In der Realität ist das gar kein Witz. In der Diskussion um »Gleicher als andere« und das Modell der freien Kooperation entzündeten sich lange Debatten am Beispiel des »Putzfrauen-Problems«. Die traditionelle linke Herangehensweise hierzu ist immer noch: Eine komplexe, funktional ausdifferenzierte Gesellschaft hat sehr verschiedene Aufgaben. Alle müssen ihre machen, damit das Ganze klappt. Auch Putzfrauen. Auch Intellektuelle. Die putzen natürlich nicht, die haben andere Pflichten. Typische Rechte verteidigen hierarchische soziale Arbeitsteilungen und Strukturen damit, dass die Menschen eben verschieden sind und Verschiedenes leisten und verschieden viel mitreden können dementsprechend. Typische Linke machen genau dasselbe. Oder sie sagen: Jeder wie er denkt, jeder wie er Lust hat. Komischerweise führt das auch dazu, dass in der WG nur die Frauen das Klo putzen. Egal, welche ideologische Position hier davorgeschaltet wird: Am Ende putzen immer die Frauen das Klo; oder es wird gar nicht geputzt und die Frauen ziehen aus.

Begriffe sind T-Shirts.

Große Fortschritte machen wir, wenn wir den Glauben aufgeben, das sich-an-Begriffe-Klammern wie an flatternde Segel könne uns auf dem wilden Meer der sozialen Bewegung und Veränderung vor dem ideologischen Untergang bewahren. Viele unserer Begriffe dienen einzig der Selbstvergewisserung, dem Erzeugen einer scheinbar sicheren Position. Gegen den »Staat«, gegen das »Kapital«. Wir überspielen damit die Unsicherheit. Gegen eine bestimmte staatliche Politik, ja. Gegen die Tendenz, immer größere Bereiche gesellschaftlicher und sozialer Entscheidung in staatliche Expertokratie und Bürokratie zu überantworten, ja. Aber gegen den Staat? Was heißt das genau, was meint das? Gegen konkrete Kapitalisten, sicher. Gegen die Struktur, große Teile des gesellschaftlichen Kapitals gegen den Einfluss derer abzuschotten, die es produzieren, klar. Aber gegen das Kapital? Was bedeutet das? Wenn Kapital zu materieller Macht geronnene historische Arbeit ist, konzentriertes gesellschaftliches Vermögen (im Sinne von Tun-Können), wollen wir es dann nicht haben? Aber bilden wir uns denn ein, es würde seinen Charakter dadurch bereits vollständig ändern, dass es dem Staat gehört? Aber wenn wir wissen, dass das nicht reicht, und wenn wir trotzdem nicht jedes gesellschaftliche Kapital zerstören wollen, wie verhindern wir, dass es soziale Ungleichheit zementiert? Wie kann es laufen? Man sollte meinen, dies wäre die in der Linken am häufigsten gestellte Frage. Es ist eine der am seltensten gestellten.

Was tun,
wenn die Bullen sich verpisst haben?

Unter diesem Titel berichtete eine Gruppe von Frauen auf einem Flugblatt aus englischen Riots der achtziger Jahre davon, wie in den städtischen Aufständen tatsächlich für einige Tage sich die staatliche Polizeigewalt zurückzog aus einigen Vierteln. In diesen Vierteln stieg die Häufigkeit von Vergewaltigungen deutlich. Es gibt tatsächlich eine linke Haltung, in der so etwas als Kollateralschaden wahrgenommen wird, als Nebenwiderspruch. Diese Haltung wird in der Regel von Männern eingenommen. Sie schlägt einen umstandslosen Bogen von Erich Mühsams Spötteln über den »deutschen Revoluzzer«, der nicht akzeptieren kann, dass bei der Revolution auch mal Lampen kaputt gehen (er ist nämlich von Beruf Lampenputzer und erträgt das nicht), bis zu allen, die völlig berechtigte Fragen stellen, wo morgen das Brot herkommt, wer auf die Sachen aufpasst, wo man sein Kind am andern Tag in der Kita abgeben kann, wie es sicher dorthin kommt, wer jetzt entscheidet wann die Frühschicht anfängt, ob es noch eine Frühschicht gibt usw.

Eine soziale Revolution, die solche Fragen markig zu marginalem Kram erklärt, ist nicht mehr als eine patriarchal-intellektuelle Phantasie. Sie verkennt, dass in gewissem Sinne »Staat« und »Kapital« immer entstehen, die Frage ist nur, in welcher Art und Form und in wessen Kontrolle. Es geht nicht darum, vor jeder Veränderung die Blaupause für alles und jedes zu haben. Es geht um normale Antworten auf normale Fragen, um ehrliche Antworten auf ehrliche Fragen. Es geht um die Prüfung, wessen Fragen in die Gestaltung dieser sozialen Veränderung eingehen.

Freie Kooperation.

Die Theorie der freien Kooperation, der ich anhänge, versucht eine Antwort auf die Frage zu geben: Wenn wir uns die Welt des Sozialen nicht »von oben« ordnen lassen wollen – wenn wir ablehnen, dass irgendwer ihre Strukturen aufgrund »wissenschaftlicher Erkenntnisse« definiert – wenn wir auch ablehnen, dass die freie und gleiche Gesellschaft die ist, in der jeder macht, was er lustig ist – wie sieht es dann aus? Was ist die soziale Utopie? Die Antwort heißt: Die Menschen machen ihre Regeln selbst, nach denen sie leben; und der Gegenstand der sozialen Utopie sind nicht diese Regeln, sondern die soziale Machtstruktur, in der sie zustandekommen.

Eine freie Kooperation liegt vor, wenn:

1. Alle Regeln der Kooperation von allen in Frage gestellt werden können. Es gibt keine »heiligen Kühe«;
2. alle an der Kooperation Beteiligten frei sind, Einfluss auf die Regeln zu nehmen – und zwar nicht nur Teilnahme an irgendwelchen formalen Entscheidungs-systemen, sondern mit der materiellen Gewalt, die ihnen eigen ist, nämlich: die Kooperation zu verlassen, ihre Leistung in der Kooperation einzuschränken, zurück-zuhalten, herunterzufahren, unter Beding-ungen zu stellen;
3. der »Preis«, den eine solche Einschränk-ung oder Aufkündigung hat – die Aus-wirkungen, die dadurch entstehen, dass die Kooperation aufhört oder weniger gut läuft –, für alle an der Kooperation Beteiligten vergleichbar und vertretbar sind.

Der wesentliche Gegenstand linker Politik ist der dritte Punkt: den ungleichen »Preis« der Kooperationseinschränkung zu korrigieren.

Am Beispiel Streik.

Eigentlich liegt das der Arbeiterbewegung gar nicht fern. Streik ist ein Beispiel dieser Kooperationsverweigerung, um Einfluss auf die Regeln zu nehmen. Mit gutem Recht will man die Gestaltung dieser Regeln nicht irgendeiner höheren Instanz überlassen, auch nicht zugunsten formaler Strukturen auf die Möglichkeit verzichten, die eigene materielle Gewalt – die der Kooperationsverweigerung – einzusetzen. Für das abhängig beschäftigte Individuum ist der Preis jedoch sehr ungleich: Wer seinem Chef erklärt, er höre auf zu arbeiten, wenn nicht ... wird wenig in Bewegung setzen. Der Preis wird korrigiert durch Solidarität. Alles in Butter also? Natürlich nicht. In einer Struktur freier Kooperation wäre dieses Mittel einsetzbar, um alle Regeln zu beeinflussen – auch die, wer Chef ist, ob es Chefs gibt, was die dürfen und was nicht, usw. Der Betrieb als kommandowirtschaftliche Struktur wird im Kapitalismus trotz Streikrecht ja nicht zur Disposition gestellt. Der Sektor der Regeln, auf die Einfluss genommen werden kann, ist denkbar schmal. Eine radikale Politik des Sozialen denkt ihn so weit wie möglich.

Verkaufen wir die BRD!

Das kooperationstheoretische Argument gegen Hartz und Agenda 2010 lässt sich am einfachsten mit dem Gedanken-experiment zeigen: Verkaufen wir die BRD. Angenommen, wir würden die BRD mit all ihren Produktionsanlagen, Flächen, dem darin versammelten Kapital etc. an eine Investorengruppe in Singapur verkaufen, würde der Erlös mit Sicherheit reichen, dass wir uns alle ein angenehmes Leben davon machen können. Dass dieses Kapital da ist, ist aber das Ergebnis kollektiver historischer Arbeit und sozialer Leistung (nicht nur in der »Produktion«), nicht das Ergebnis einiger Leute, denen zufällig ein Teil dieses Kapitals »gehört«. Jedwede Struktur dieser Gesellschaft – ob kapitalistisch, staatssozialistisch oder im Sinne einer neuen, radikalen sozialen Utopie – sollte daher für alle Beteiligten der Kooperation zumindest ein an-nehmliches Auskommen gewährleisten. Sonst sollten wir dem Verkauf den Vorzug geben. Die Forderung nach einer all-gemeinen Grundsicherung auf hohem qualitativem Niveau ist daher keine »staatsfixierte« Forderung. Sie hält nur fest, dass es unterhalb einer gewissen sozialen Garantie keinen Sinn macht, sich den Stress zu machen.

Lemmy hear the dirty word.

Das Wort Sozialismus hat in der all-gemeinen Öffentlichkeit inzwischen einen so miesen Stellenwert, dass es allmählich wieder anfängt Spass zu machen. Wie dem auch sei: Der Inhalt muss in drei Grund-sätzen liegen, die in allen sozialen Verhältnissen, in allen Formen sozialer Kooperation von einer radikalen Politik des Sozialen angestrebt werden müssen.

1. Wer kooperiert, soll auch bestimmen.
2. Eine linke Politik sorgt dafür, ins-besondere derjenigen Arbeit, die üblicher-weise verunsichtbart und als »automatisch vorhanden« erzwungen wird, zu sozialer Macht zu verhelfen, d.h. zu aktiver Verhandlungsmacht in der Kooperation.
3. Alle funktionalen Differenzierungen und Arbeitsteilungen sind als Strukturen von Ermöglichung zu interpretieren: die einen überlassen den anderen die Ver-fügung über gesellschaftliches Kapital (und das kann alles mögliche heißen), geben ihnen dadurch einen Gestalt-ungsspielraum. Entsprechend sind alle diese Strukturen rückholbar, müssen von unten kontrolliert werden, ohne Schaden aufgekündigt, verändert werden können.

Nur so entstehen Strukturen, in denen allen alles gemeinsam gehört, ohne dass allen nichts gehört. Nur so entstehen Strukturen, in denen Menschen mit-einander aushandeln, wie sie leben und arbeiten wollen – ohne Chef, aber auch ohne die faktische Macht patriarchaler Wurstigkeit.

Was wollen wir also?

Den Laden schmeißen. Im mehrfachen Sinne von: Nicht stillhalten, sondern bisherige Haltungen aufgeben, die nichts verändern. Den Laden über den Haufen werfen. Den Laden übernehmen. Welchen Laden? Jeden Laden. Jede Kooperation. Was ist dabei eine radikale Politik des Sozialen? Eine, die versucht, immer größere Stücke gesellschaftlichen Kapitals, gesellschaftlicher Kooperation von unten zu übernehmen, in Strukturen gemeinsamer, freierer Kooperation zu überführen, durch praktische Experimente. Ist das innerhalb »des Systems« denn möglich? Es ergeben sich Widersprüche. Die Frage ist immer, welche Konsequenzen aus diesen Widersprüchen wir jeweils durchsetzen können.

Müssen wir uns dafür auch mit konventionellen Strukturen auseinandersetzen, mit Ausschüssen, Eingaben, Initiativen, konkreten Gegenvorschlägen? Ja, müssen wir. Kostet uns das nicht die soziale Utopie? Das Risiko besteht. Ganz ausweichen können wir ihm jedoch nicht. Müssen wir uns womöglich mit Gewerk-schaften und gar mit Parteien auseinandersetzen?

Ja, auch das.
Aber das ist schon wieder
eine andere Geschichte.

Fußnote:

[1] Ursual LeGuin, Planet der Habenichtse, Hamburg/Berlin 200?

[Massenstreiks]

bringen Peru zum Stillstand

von Elizabeth Schulte

TAUSENDE PeruanerInnen trotzten dem Notstand indem sie in den letzten Wochen auf die Straßen gezogen sind und sich die Proteste im ganzen Land wie ein Lauffeuer verbreitet haben. Lehrer und Lehrerinnen begannen den Streik am 12. Mai und forderten höhere Löhne.

Am 26. Mai stießen die Bauern - mit ihren Forderung nach niedrigeren Steuern auf die Ernteerträge und nach Importbeschränkungen - dazu, die durch Straßenblockaden Warentransporte zum Erliegen brachten. In der Zentralen Andenregion, in der Nähe der Stadt Jauja, wurden sieben Polizeioffiziere verletzt, als sie bei dem Versuch, eine Straßensperre zu räumen, von 2.000 Bauern mit Steinen beworfen worden sind.

Am 27. Mai verließen 35.000 Ärzte und Krankenschwestern acht von der Regierung geführte Krankenhäuser und 3.000 Gesundheitszentren. Justizangestellte und StudentInnen beteiligten sich ebenfalls an dem Streik. An jenem Tag rief Präsident Alejando Toledo einen 30tägigen Notstand aus, um die „Ordnung wieder herzustellen", Streiks und Demonstrationen zu verbieten und um der Polizei und dem Militär die Erlaubnis zugeben, Gewalt einzusetzen und mit einem Durchsuchungsbefehl in die Häuser der Streikenden einzudringen.

Die Polizei geriet daraufhin im ganzen Land mit den Streikenden aneinander. Im Norden, in der Stadt Chiclayo, feuerten gewalttätige PolizistInnen Tränengas auf 5.000 streikende LehrerInnen. Und im Süden, in der Stadt Puno, schossen SoldatInnen auf protestierende StudentInnen. Dabei wurde ein Student getötet und mindestens 16 verletzt. Trotzdem sind die Protestaktionen bis Ende Mai fortgeführt worden.

Die Bauern und die im Gesundheitssystem Beschäftigten beendeten ihre Streiks an diesem Wochenende, aber die LehrerInnen und die Justizangestellten machen weiter. „Wir Lehrer und Lehrerinnen werden diese Art der Einschüchterungen und Aggressionen nicht erlauben", teilte Nilver Lopez, ein führender Kopf der Unico Union de Trabajadores in the Education of Peru (SUTEP), die 280.000 LehrerInnen in ganz Peru repräsentiert, der Nachrichtenagentur Reuters mit.

Eine Umfrage vom Freitag zeigte, dass 71% der PeruanerInnen die Proteste unterstützen, die den weit verbreiteten Zorn über die Unfähigkeit der Regierung Toledo, ihren Versprechen gerecht zu werden, Ausdruck verleihen. Toledo, der von vielen als ein Aktivist und Reformer eingeschätzt wird, wurde 2001 Präsident und verdrängte damit die zehn Jahre andauernde, korrupte Herrschaft Alberto Fujimoris. Eines seiner Versprechen war die Schaffung einer Million Arbeitsplätze pro Jahr. Dennoch verharrt die Arbeitslosenquote bei 10 Prozent seitdem er sein Amt antrat.

Während Peru als eine ökonomische Erfolgsgeschichte gepriesen wurde - die peruanische Wachstumsrate von 5,2 Prozent im letzten Jahr war die höchste in ganz Lateinamerika - spürten die einfachen PeruanerInnen nichts von diesem Erfolg. Mehr als die Hälfte der 27 Millionen zählenden Bevölkerung lebt von 1,25$ oder weniger am Tag. 45 Prozent der Bevölkerung leben in Armut und 24% erhalten ein „Einkommen", das sich auf die Hälfte der offiziellen Armutsgrenze und weniger beläuft.

Dadurch dass der Internationale Währungsfonds (IWF) der Regierung strenge Auflagen für ihre Ausgaben auferlegt und Toledo - ein früherer Berater der Weltbank, der in den Vereinigten Staaten ausgebildet wurde - sie entsprechend umgesetzt hat, haben sich die Verhältnisse weiter verschlechtert. Die Zustimmungswerte für Toledo befinden sich folglich auch bei miserablen 14 Prozent.

Im vergangenen Juni rief Toledo schon einmal den Notstand als Antwort auf massive Demonstrationen aus, die sich im Süden, in Arequipa, gegen die vom IWF vorgeschriebenen Privatisierungen zweier Stromversorgungsunternehmen richteten. Als das Kriegsrecht die Proteste nicht aufhalten konnte, verschob die Regierung die Privatisierungen auf unbestimmte Zeit. Während sich unter ArbeiterInnen, Bauern und den Armen großer Unmut über Toledos Politik breit gemacht hat, sind einige Menschen mit der Leistung des Präsidenten zufrieden. Der peruanische Unternehmerführer Samuel Gleiser beschrieb die Ausrufung des Kriegsrechts in der letzten Woche als „das Beste, was Toledo bislang gezeigt hat". „Er nimmt den Bullen bei den Hörnern."
Dabei sind Toledos Schwierigkeiten noch lange nicht vorüber. Perus größte Dachorganisation der Gewerkschaften, die CGTP, gab bekannt, dass sie es in Betracht ziehe, einen Generalstreik gegen die Politik des Freien Marktes im Juli auszurufen.

Ganz Lateinamerika kann im Moment einen steigenden Pegel der Kampfeslust beobachten. Im Februar organisierten bolivianische ArbeiterInnen eine riesige Demonstration gegen die Einschränkungsmaßnahmen der Regierung. Und im Dezember 2001 wurde der frühere argentinische Präsident Fernando de la Rua im Angesicht militanter Proteste zum Rücktritt gezwungen, nachdem er das Kriegsrecht ausrief.

Dementsprechend äußerte sich auch der Highschool Lehrer Jorge Vargas inmitten der Proteste in der Hauptstadt: „Wenn die Regierung ihre Politik des Niederkniens vor dem IWF nicht ändert... wenn sie dem peruanischen Volk nicht in die Augen sieht... dann wird sie gehen müssen."

Marcus Hammerschmitt 07.06.2003

Die Jagd ist eröffnet

Die deutsche Militärpolitik wird umgekrempelt - niemand scheint es groß zu interessieren

Viel wird in den deutschen Medien über die Veränderungen berichtet, die mit dem Amtsantritt Bushs, sowie 9-11 und den Konsequenzen über die US-amerkanische Gesellschaft hereingebrochen sind. Die teilweise alptraumhaften Konturen eines harscheren Standes der Dinge, von der Perspektive eines ewigen Kriegs gegen den Terror bis zum ewigen Kriegsrecht im Inneren werden in Deutschland mit großer Schärfe wahrgenommen. Dass Deutschland ernsthafte Anstrengungen unternimmt, im Rahmen seiner Möglichkeiten die USA nachzuahmen, ganz ohne Bush und 9-11, interessiert dagegen nicht wirklich. Oder man hält es bereits für selbstverständlich.

Denn wie anders ist es zu erklären, dass die Veränderungen in der deutschen Militärpolitik auf so wenig Resonanz im Inland stoßen? Dabei gäbe es allen Grund, die Ohren zu spitzen. Was aus dem Hause Struck als Strategiepapiere über eine Öffentlichkeit hereinbricht, die gerade woanders hinsieht, bereitet einen massiven Paradigmenwechsel vor.

Natürlich war die Bundeswehr nie eine Verteidigungsarmee. Reine Verteidigungsarmeen gibt es ohnehin nicht, und das ganze Hoffen der beiden Großparteien im Kalten Krieg bestand darin, vielleicht doch noch einen strategischen Vorteil über den Gegner zu erlangen, der einen Angriffskrieg zumindest denkbar erscheinen ließ, wobei die Sowjetunion und ihr Gefolge immer mehr ins Hintertreffen geriet - bis zum Zusammenbruch. Wie nicht anders zu erwarten hat dieser Zusammenbruch nicht nur im ehemaligen Ostblock die Karten neu gemischt - im Zeichen globaler kapitalistischer Konkurrenz ergeben sich auch in den Allianzen der Sieger von 1989 neue Bruchlinien und Verwerfungen. Diese Verwerfungen und Bruchlinien sind es, vor denen die Auseinadersetzungen zwischen den USA und dem „alten Europa“ erst Sinn bekommen - genauso wie die neue deutsche Militärpolitik.

Und so darf sich jetzt die Bundeswehr laut Bundesverteidigungsminister Struck darauf vorbereiten, die deutsche Sicherheit und Freiheit am Hindukusch zu verteidigen, wie sie es mit den explorativen Einsätzen der KSK zur Probe bereits getan hat („Die Sicherheit Deutschlands wird auch am Hindukusch verteidigt“ [1]).

Der volle Gehalt dieser Aussage wird erst kenntlich, wenn man ihn mit einem anderen, historischen, vergleicht, der auch von der Verteidigung der Freiheit handelt. Vor 35 Jahren hieß es, die Freiheit Berlins werde auch in Vietnam verteidigt. Die zeitgenössischen Bekenntnisse Strucks zu grenzenloser Freiheit klingen ganz ähnlich, meinen aber ganz etwas anderes: damals war Deutschland war zu schwach, zu unsouverän, um selbst in Südostasien mitzumischen und musste diese Aufgabe daher an andere outsourcen.

Diese Zeiten sind endgültig vorbei. Struck sagt nichts anderes mit seinem schnellen Spruch, als dass er die Zeit für einen neuen deutschen Imperialismus gekommen sieht, der nicht mehr aus Überweisungen an die Bündnispartner besteht. Und im Gefolge der Verstimmungen zum Irakkrieg werden natürlich auch die Bündnispartner neu gesiebt - die Guten ins Töpfchen, die schlechten sonstwohin. Natürlich kann Deutschland weder allein, noch mit den guten Bündnispartnern Frankreich und Russland offen die militärische Übermacht der USA herausfordern, aber so ein verräterisches Statement wie dasjenige Strucks belegt, dass man begriffen hat, worum es geht - um die Wurst nämlich.

Die führenden kapitalistischen Ökonomien sind nach Verteilung der staatssozialistischen Konkursmasse an Grenzen gestoßen, vor allem an systemimmanente der Verwertbarkeit von Ressourcen und Arbeitskraft, aber auch an jene der unüberwindlichen Konkurrenz untereinander. Leute wie Struck haben instinktiv die Dialektik einer Entwicklung begriffen, in der gerade aus der Verwirklichung des Weltmarkts Blöcke und Fraktionen entstehen, die ihre ganz eigenen Partikularinteressen verfolgen müssen.

Früher unter dem Druck eines gemeinsamen Gegners geeint, entdecken die westlichen Bündnispartner ihr Interesse an neuen Ordnungen im je eigenen Sinne. Wer glaubt, dass diese Divergenzen wegen der globalen Verflechtung des Kapitals niemals deutlich genug für einen Krieg sein könnten, der hätte vor 1914 auch geglaubt, dass die Verwandtschaftsbeziehungen der europäischen Adelshäuser einen großen europäischen Krieg, einen Weltkrieg gar, unmöglich machen würden. Wenn es beim Erben um die Wurst geht, streiten Verwandte am blutigsten - wissen sie doch genau, was die Silberlöffel wert sind.

Und so sammeln die ehrgeizigen deutschen Eliten erst einmal Punkte, ob es sich dabei um das diplomatische Ballett zum letzten Irakkrieg, die Systemführerschaft bei Galileo [2], Erfahrungen mit kernwaffenfähigem Material [3] oder eben die Umorientierung der Bundeswehrstruktur auf Intervention und Angriff handelt (Mit Sicherheit unsicher [4]). Die Ideologie der Landesverteidigung und mit ihr das Grundgesetz werden zu einer fast durchsichtigen Membran gedehnt. Struck erklärt in seinen neuen verteidigungspolitischen Richtlinien, dass Verteidigung etwas anderes bedeutet als Verteidigung, nämlich die Fähigkeit, so schnell wie möglich dort präsent zu sein, wo deutsche Interessen tangiert werden (Die Verteidiger der Zivilisation [5]). Deutschland aber hat Interessen auf der ganzen Welt.

N*ach Artikel 87a des Grundgesetzes stellt der Bund Streitkräfte zur Verteidigung auf. Verteidigung heute umfasst allerdings mehr als die herkömmliche Verteidigung an den Landesgrenzen gegen einen konventionellen Angriff. Sie schließt die Verhütung von Konflikten und Krisen, die gemeinsame Bewältigung von Krisen und die Krisennachsorge ein. Dementsprechend lässt sich Verteidigung geografisch nicht mehr*

eingrenzen, sondern trägt zur Wahrung unserer Sicherheit bei, wo immer diese gefährdet ist.
Landesverteidigung findet neuerdings auch im Landesinneren statt:
Zum Schutz der Bevölkerung und der lebenswichtigen Infrastruktur des Landes vor terroristischen und asymmetrischen Bedrohungen wird die Bundeswehr Kräfte und Mittel entsprechend dem Risiko bereithalten. Auch wenn dies vorrangig eine Aufgabe für Kräfte der inneren Sicherheit ist, werden die Streitkräfte im Rahmen der geltenden Gesetze immer dann zur Verfügung stehen, wenn nur sie über die erforderlichen Fähigkeiten verfügen oder wenn der Schutz der Bürgerinnen und Bürger sowie kritischer Infrastruktur nur durch die Bundeswehr gewährleistet werden kann. Grundwehrdienstleistende und Reservisten kommen dabei in ihrer klassischen Rolle, dem Schutz ihres Landes und ihrer Mitbürgerinnen und Mitbürger, zum Einsatz.
Diese Definition der Landesverteidigung hätte noch nicht vor allzu langer Zeit einen Aufschrei hervorgerufen - jetzt rührt sich dazu nicht ein Hauch. Der Umbau der Bundeswehr zu einem weltweiten Interventionsinstrument wird wie ein Wechselfall des Wetters achselzuckend hingenommen - höchstens ein paar Ministerpräsidenten begehren dagegen auf, weil er ihnen wirtschaftsfördernde Bundeswehrstandorte aus der Hand zu nehmen droht.
Schon gleich gar nicht interessiert die Zusammenhänge zwischen der neuen deutschen Militärpolitik und der Agenda 2010, zwischen der äußeren und der inneren Mobilisierung. Dabei liegen sie auf der Hand. Der Kampf um die Pole Position erfordert neben einem schlagkräftigen und agilen Instrument weltweiter Interessenwahrung vor allem eins: Einigkeit und Bereitschaft im Inneren.
Und so hört man landauf, landab in der politischen Propaganda, sei's nun in der der SPD oder der des Bürgerkonvents, immer öfter die Beschwörung eines großen „Wir": „Wir" können es schaffen. „Wir" müssen nur anpacken und den Gürtel enger schnallen. So verschieden die Interessen verschiedener (und verschieden großer) Bevölkerungsschichten auch sein mögen, das neue deutsche „Wir" soll sie alle unter einen Hut bringen. Schon der zaghafte Versuch der handzahmen DGB-Gewerkschaften, einen sozialen Konflikt nur anzudeuten, wird mit dem empörten Verdacht des Standortverrats beantwortet. Nichts läge dem DGB an sich ferner, aber auch er lebt in interessanten Zeiten, in denen er sich zu Entscheidungen zwischen den Interessen seiner Mitglieder und denen einer neoliberal rundgemachten SPD genötigt sieht.
Wer sich in Zukunft allzu weit vom neuen deutschen „Wir" entfernt, könnte es nach den Vorstellungen des Bundesverteidigungs-ministers nicht nur mit der ständig stärker militarisierten Polizei, sondern auch mit dem echten Militär zu tun bekommen, das dann die Freiheit Berlins auch in Berlin zu verteidigen bereit stünde. Damit es so weit erst gar nicht kommt, versichert sich der Kollege Strucks für das Innere, Otto Schily, bereits der allerhöchsten Unterstützung. Auf dem letzten Kirchentag hatte er zu vermelden [6]: *Der liebe Gott hat es so eingerichtet, dass jeder eine einzigartige, nicht fälschbare Iris hat. Der liebe Gott tut etwas für die innere Sicherheit.*
Fehlen eigentlich nur noch die richtigen Intellektuellen, die dem entstehenden starken Kerneuropa mit einem noch stärkeren deutschen Kern die passenden Blümchenketten umhängen. (...)
Wir leben alle in interessanten Zeiten.

Links:
[1] http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/13778/1.html
[2] http://www.heise.de/tp/deutsch/special/raum/14557/1.html
[3] http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/lis/13955/1.html
[4] http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14915/1.html
[5] http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/co/14704/1.html
[6] http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,251107,00.html

Hauptsache sicher

Polizeiliche Todesschüsse

Wer die tödlichen Schüsse in Bad Kleinen auf Wolfgang Grams abgegeben hat, ob es Mord war oder Suizid, weiß bis heute niemand – außer den namentlich nie genannten Beamten, die sich bei ihm befanden, als er zu Boden ging. Wer aber Friedhelm Beate erschossen hat, steht fest, ebenso, wer Zdravko Nikolov Dimitrov getötet hat. Der pensionierte Bundeswehrsoldat, der versehentlich für einen flüchtigen Gefangenen gehalten wurde, und der Flüchtling, der sich gegen seine Abschiebung mit einem Messer wehren wollte, wurden beide 1999 von Polizisten erschossen. Jedes Jahr sterben in Deutschland zehn bis 20 Menschen durch Polizeikugeln, nur wenige von ihnen haben zuvor selbst eine Waffe eingesetzt. Bemerkenswert ist, dass die deutsche Öffentlichkeit die Gewissheit über diese Tötungen durch die Polizei noch gelassener hinnimmt als das Nichtwissen über das, was in Bad Kleinen tatsächlich geschah. Während nach dem Einsatz gegen die RAF immerhin einige Wochen lang dringlich Aufklärung gefordert wurde und der Bundesinnenminister, der Generalbundesanwalt sowie hochrangige BKA-Beamte ihren Hut nehmen mussten, werden polizeiliche Todesschüsse, über die keinerlei Zweifel bestehen können, einfach registriert, bisweilen sind sie nicht mal eine Meldung wert.
Dass Polizisten den Tod von zehn bis 20 Menschen jährlich verschulden, hat das Vertrauen der Bundesbürger in die Institution Polizei offensichtlich ebenso wenig erschüttert, wie die Bekenntnisse eines Vize-Polizeipräsidenten, der Folter als Mittel der Gefahrenabwehr für diskutabel hält. Die Sehnsucht nach dem Gefühl der Sicherheit, das die Anwesenheit der grün uniformierten Beamten vermittelt, ist größer als das Misstrauen gegenüber dem »Apparat«. Dass kaum einer dieser Todesschützen von einem Gericht zur Verantwortung gezogen wird, die Verfahren in der Regel eingestellt werden oder mit einem Freispruch enden, zeigt, welche Akzente die professionellen Kontrollinstitutionen setzen. Und die unterscheiden sich im übrigen auffallend vom Zorn des Rechtsstaates, mit dem hierzulande die uniformierten Todesschützen auf der östlichen Seite der deutsch-deutschen Grenze die Befehlskette hinauf bis ins SED-Politbüro hinein strafrechtlich verfolgt wurden.
Weder die Serie polizeilicher Todesschüsse noch die gelangweilten Reaktionen darauf machen Deutschland allerdings zum Polizeistaat. Es ist derzeit lediglich eine Zivilgesellschaft, die – in scharfem Kontrast zum gern bekannten Stolz auf ihre Läuterung in den vergangenen 58 Jahren – sich auffallend wenig dafür engagiert, dass auch ihre staatlichen Organe zuverlässig zivile Umgangsformen pflegen.
Dabei könnten schon etwas restriktivere polizeiliche Dienstvorschriften und ein besseres Einsatz- und Krisenmanagement vielen Menschen das Leben retten. Eine Einrichtung wie die britische Police Complaint Authority würde immerhin signalisieren, dass die Gesellschaft Handlungsbedarf sieht, und könnte zum Beispiel so etwas Banales garantieren wie die Veröffentlichung der Statistik über den tödlich endenden polizeilichen Schusswaffengebrauch. Der Fall des Wolfgang Grams zeigt überdies, dass selbst wenn etwas geschieht, das die Routine des desinteressierten Wegsehens durchbricht, eine wirkliche Aufklärung nicht möglich ist. Wahrheitsliebe ist in Deutschland eben nicht einmal eine Sekundärtugend, die Sicherheit dagegen, wenn es nicht gerade um den Straßenverkehr geht, ein Totschlagargument.

von oliver tolmein aus Jungle World Nr. 27

Infos:

zum Tod von Wolfgang Grams, Genosse aus der RAF, in Bad Kleinen am 27.6.93 unter:

www.badkleinen.tk

kiutoie--woinowo

aus: „die reisenach petuschki“ von wenedikt jerofejew

Morgens, noch vor Öffnung der Geschäfte, fand ein Plenum statt. Es war ein erweitertes, revolutionäres Plenum. Doch da unsere ganzen vier Plenums erweitert und revolutionär waren, entschlossen wir uns, sie zu numerieren, damit sie nicht verwechselt werden konnten: Erstes Plenum, Zweites Plenum, Drittes Plenum und Viertes Plenum. Das Erste Plenum diente einzig und allein der Wahl des Präsidenten, das heißt, meiner Wahl zum Präsidenten. Dazu brauchten wir anderthalb bis zwei Minuten, nicht mehr. Die ganze restliche Zeit verschlang eine rein spekulative Frage: Wer würde das Geschäft früher öffnen, Tante Mascha in Andrejewskoje oder Tante Schura in Polomy?
Ich saß in meinem Präsidium, hörte zu, wie sie diskutierten, und dachte: Diskussionen sind auf jeden Fall not-wendig, aber viel notwendiger sind Dekrete. Warum vergessen wir das, was jede Revolution krönt, nämlich das »Dekret«? Zum Beispiel ein Dekret, das Tante Schura in Polomy vorschreibt, das Geschäft morgens um sechs zu öffnen. Was könnte einfacher sein? Schließlich haben wir die Macht und können Tante Schura befehlen, das Geschäft morgens um sechs zu öffnen, statt um neun Uhr dreißig.
Wieso bin ich nicht schon längst auf diese Idee gekommen! . . .
Oder zum Beispiel ein Dekret, demzufolge alles Land im Bezirk von Petuschki in den Besitz des Volkes überzugehen hat, einschließlich aller Nutzflächen und beweglichen Güter, einschließlich aller alkoholischen Getränke, und zwar ohne jede Entschädigung. Oder so ein Dekret: die Zeiger der Uhren sind zu verstellen, zwei Stunden vor oder anderthalb zurück, ganz egal, jedenfalls zu ver-stellen. Dann müßte noch der Beschluß gefaßt werden, wonach das Wort »Teufel« wieder mit »D« geschrieben und irgendein Buchstabe des Alphabets vereinfacht werden muß. Es wäre nur noch zu überlegen, welcher. Und zu guter Letzt müßte man Tante Mascha in Andrejewskoje befehlen, das Geschäft um fünf Uhr dreißig zu öffnen, statt um neun.
So viele Gedanken schwirrten mir durch den Kopf, daß ich ganz konfus und traurig davon wurde. Ich ließ Tichonow in die Couloirs rufen, trank mit ihm ein Glas Kümmelschnaps und sagte: »Hör mal, Kanzler!« »Was willst du?«
»Ach, nichts. Ein Scheißkanzler bist du, das ist es.« »Such dir einen besseren«, erwiderte Tichonow beleidigt. »Darum geht es nicht, Wadja. Es geht darum, daß du, wenn du ein guter Kanzler sein willst, dich hinsetzen und Dekrete schreiben mußt. Trink noch einen Schluck, und dann setz dich hin und schreib. Ich habe übrigens gehört, daß du dich nicht beherrschen konntest und Anatolij Iwanytsch in den Schenkel gezwickt hast. Was soll das? Willst du den Terror einführen?« »Naja . . . nur ein bißchen.«
»Welche Art Terror willst du denn einführen? den Weißen?«
»Ja, den Weißen.«
»Das bringt nichts, Wadja. Aber lassen wir das jetzt, wir haben andere Sorgen. Zuerst müssen wir ein Dekret schreiben, wenigstens ein einziges, wenigstens ein ganz langweiliges . . . Haben wir Papier und Tinte? Setz dich hin und schreib. Danach trinken wir was und geben die Erklärung der Rechte ab. Und erst dann können wir mit dem Terror anfangen. Anschließend trinken wir noch was und dann heißt es lernen, lernen und wieder lernen . . .«
Tichonow schrieb zwei Worte, trank sein Glas leer und seufzte:
»Tja-a-a . . . mit dem Terror habe ich mich vergaloppiert . . . Doch Fehler sind in unserer Sache unvermeidlich, weil das alles unerhört neu ist, und Präzcdenzfälle hat es nie gegeben, kann man sagen . . . Naja, es hat schon Präzedenzfälle gegeben, aber
»Von wegen Präzedenzfälle! Das war doch nur Humbug. Ein >Hummelflug<, Spielereien erwachsener Kindsköpfe und keine Präzedenzfälle! Was meinst du, sollen wir die Zeitrechnung ändern oder so lassen wie sie ist?« »Laß sie lieber in Ruhe. Solange man in der Kacke nicht rührt, stinkt sie nicht.«
»Da hast du recht. Lassen wir das. Du bist ein brillanter Theoretiker, Wadja, das ist sehr gut. Am besten, wir schließen jetzt das Plenum, oder? Tante Schura in Polomy hat das Geschäft schon aufgemacht. Angeblich hat sie Rossijskaja.«
»Klar, mach Schluß. Morgen früh findet sowieso das Zweite Plenum statt... Laß uns nach Polomy gehen.« Bei Tante Schura in Polomy gab es tatsächlich Rossijskaja. Aus diesem Grunde und auch deshalb, weil mit Vergeltungsschlägen aus der Kreisstadt gerechnet werden müßte, wurde beschlossen, die Hauptstadt vorübergehend von Tscherkassowo nach Polomy zu verlegen, das heißt um zwölf Werst tiefer ins Innere der Republik. Dort fand am nächsten Morgen auch das Zweite Plenum statt, das ausschließlich meinem Rücktritt vom Amt des Präsidenten gewidmet war.
»Ich stehe vom Präsidentcnstuhl auf«, sagte ich in meiner Rede, »und spucke darauf. Ich meine, daß das Amt des Präsidenten einem Mann zusteht, der sich die versoffene Fresse in drei Tagen nicht einschlagen läßt. Haben wir etwa solche unter uns?«
»Nein, solche haben wir nicht«, antworteten die Abgeordneten im Chor.
»Könnte man mir vielleicht die versoffene Fresse in drei Tagen nicht einschlagen?«
Ein, zwei Sekunden musterten mich die Abgeordneten prüfend und antworteten wieder im Chor: »Doch, könnte man.«
»Na also«, fuhr ich fort, »wir kommen auch ohne Präsident aus. Laßt uns lieber auf die Felder hinausgehen, Punsch kochen. Und Borja schließen wir hier ein. Er ist ein Mensch von hoher Moral, deshalb soll er hierbleiben und inzwischen das Kabinett bilden . . .« Meine Rede wurde von Ovationen unterbrochen, und das Plenum löste sich auf. Im Nu waren die umliegenden Felder und Wiesen von blauen Feuern erhellt. Nur ich allein konnte die allgemeine Begeisterung und den Glauben an den Erfolg nicht teilen. Ich ging zwischen den Feuern umher und stellte mir immer wieder eine bange Frage: Warum ist da keiner auf der ganzen Welt, der auf uns aufmerksam wird? Warum ist so ein Schweigen in der Welt? Der ganze Bezirk steht in Flammen, und die Welt hält den Atem an und schweigt. Gut, doch warum reicht uns keiner die Hand, weder im Osten noch im Westen? Wohin sieht König Olaf? Wie kommt's, daß uns keine der regulären Truppen aus dem Süden angreift? Ich nahm den Kanzler leise beiseite. Er stank aus allen Poren nach Punsch.
»Gefällt dir unsere Revolution, Wadja?« »Ja«, antwortete Wadja, »sie ist schauerlich, aber wunderschön.«
»Und was ist mit Norwegen, Wadja, was hört man von dort?«
»Vorläufig nichts . . . Was willst du denn mit Norwegen?«
»Du bist gut! Sind wir mit Norwegen im Kriegszustand oder in welchem Zustand? Eine ganz dumme Sache ist das. Wir kämpfen mit Norwegen, aber die nicht mit uns . . . Wenn sie bis spätestens morgen nicht anfangen, uns zu bombardieren, übernehme ich wieder das Amt des Präsidenten — und dann wirst du sehen, was passiert!« „Übernimm es ruhig«, antwortete Wadja, »wer hindert dich daran, Jcrofejtschik? Wenn es dir Spaß macht, übernimm es . ..«

Ich bestelle 3 Ausgaben ak – analyse + kritik für 5 €.
5 € lege ich bar / als Scheck bei.*
*) Das Probeabo gilt für 3 Monate, es verlängert sich zum Jahresabo, wenn nicht nach Erhalt der 2. Ausgabe gekündigt wird.

Datum, Unterschrift

Name, Vorname

Strasse, Nr.

PLZ, Ort

Ausfüllen und schicken an:
ak – analyse + kritik,
Rombergstr. 10, 20255 Hamburg
www.akweb.de

iz3w ▸ Zeitschrift zwischen Nord und Süd

Gegen die Zumutungen des globalen Kapitalismus, gegen Rassismus oder das Gerede von 'ethnischen Konflikten' wendet sich die **iz3w** alle 6 Wochen auf 52 Seiten. Die Beiträge und Themenschwerpunkte beschäftigen sich mit Weltwirtschaft und Entwicklungspolitik, mit Migration, sozialen Bewegungen, Ökologie, Soziokultur und kritischen Theorien. *Einzelheft € 4,- Abo € 32,-*

▸ *Bezug: linker Buchhandel, Dritte-Welt-Läden oder informationszentrum 3. welt*

iz3w ▸ PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (0761) 740 03 · Fax 70 98 66
info@iz3w.org · www.iz3w.org

Last Order!

Die FrauenLesbenKneipe im Alhambra schloss am 07.05.03 ihre Tore.

Da das Kneipenteam inzwischen auf drei Frauen zusammengeschrumpft ist, haben wir uns dazu entschlossen von Juni bis August eine Sommerpause zu machen und bis September neue engagierte Teamfrauen zu suchen.

Also, ihr seid gefragt! Der Zeitaufwand ist ziemlich gering: 1x im Monat ein Vorbereitungstreffen + der Kneipenabend (mit Auf- und/oder Abbau).

Sollte eine von euch Lust haben einzusteigen, meldet euch bei uns direkt oder unter Tel. 201484.

Wir freuen uns auf euch!
Das FrauenLesbenKneipen-Team

P.S. Wenn sich keine neuen Frauen finden, machen wir im September eine Abschluss-Kneipe und das war's dann mal wieder...

Jazzensemble

Das Alluvium präsentiert in den Räumen des Alhambra das Jazzensemble der Universität Oldenburg, unter der Leitung von Bernhard Mergner und das Vocal - Jazz - Projekt der Musikschule Oldenburg, unter der Leitung von Maria de Fatima.
Das Jazzensemble ist an der Uni inzwischen eine etablierte Einrichtung. In kompletter BigBand - Besetzung wird ein abwechselungsreiches Programm aus bekannten Standards und eher unbekannten Jazz - Tunes geboten.
Einen spannenden Kontrast zum BigBand - Jazz bieten die Sängerinnen und Sänger des Vocal - Jazz - Projekts.
Mal A-capella als Chor oder Solo begleitet am Piano von Joe Dinkelbach,
werden die Zuschauerinnen und Zuschauer in die Welt des Vocal - Jazz entführt.
Die Gäste erwartet ein guter Mix aus ruhigen Balladen und UpTime - Stücken, die mit viel Spaß und Können vorgetragen spannende Unterhaltung versprechen.

Am 03.07.2003 um 20.30 h

Termine:

Do. 3.7.	19:00	VA zur kurdischen Frauenbewegung
	20:30	Jazz - Ensemble
Fr. 4.7.	22.00	BD-SM Party vom SMart e.V.
Sa. 5.7.	22:00	Lesbischwule Mottoparty
Mo. 7.7.	21.00	Panteon Rococo + Film
Di. 8.7.	20:00	RedRedRed: Kaphet Kotto + The Now Denial + Oliver North
Do.10.7.	21.00	crush hour concerts: Mono für alle + Madame Chaos
Fr. 11.7.	21:00	Hobson`s Choice + hasperath + Bonnie D + Dierfourm + itch remedy
Sa. 12.7.	22:00	FrauenLesben-Disco
Do.17.7.	21:00	Fiesta Latina
Sa. 19.7.	22:00	Männerfabrik
Di. 22.7.	20:00	RedRedRed Konzert: Brandtson + Rob and the Pinhole Stars + Downshifter
Fr. 25.7.	22:00	Ultraschall (D`n B)
Sa. 26.7.	22:00	Rosa Disco

August

Sa. 2.8.	22:00	Homophilias
Di. 5.8.	20:00	RedRedRed Konzert: Pointing Finger + Day of the Dead
Fr. 8.8.	21:00	Rare Ragga Spices

regelmäßige Termine

Wöchentlich:

Mo. 18.00 Archiv
Mo. 18.00 Crush Hour Concerts
Mo. 20.30 Antifa - Cafe
Do. 18.00 Jugendcafe „Kaluppe“
Do. 18.00 Infoladen Metropole
Do. 19.00 Vokü
Do. 21.00 Oldenburger Rechtshilfe

Monatlich:

1. Mi. 20.00 Frauenlesben Kneipe
1. Do. 21:00 Jazz-Cafe fou-fou
2. Do. 21:00 Sansibar-Kneipe
4. Do. 21:00 Metropole-Kneipe
2. Do. 20.00 Politische Werkstatt
2. Fr. 20.30 NutzerInnenplenum